



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der Deutsche Bundestag ist aus der Sommerpause zurück. Die Ereignisse in Chemnitz beschäftigen uns und waren Inhalt der Generaldebatte im Plenum. Die Justiz wird die Ermittlungen zu dem Tötungsverbrechen gründlich führen. Genauso wird der Staat konsequent allen Straftaten nachgehen, die danach begangen wurden. Rechtsextremistische Übergriffe, das Zeigen des Hitler-Grußes und der Angriff auf ein jüdisches Restaurant sind inakzeptabel und strafbar. Doch alleine der Rechtsstaat mit Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaften ist für die schnelle Aufklärung der Vorfälle und Straftaten zuständig.

Im Parlament stand in dieser Woche die erste Lesung des Bundeshaushaltes 2019 auf der Tagesordnung. Erneut sorgen wir für einen Haushalt ohne neue Schulden. Die Mehrausgaben von 13 Milliarden Euro investieren wir in das Baukindergeld, den sozialen Wohnungsbau, die steuerlichen Entlastungen für Familien sowie die Erhöhung des Verteidigungsetats. Das ist ein klarer Erfolg der Unionspolitik. Wir setzen zentrale Projekte unseres Wahlprogramms um.

Am Mittwoch habe ich den Verteidigungshaushalt eingebracht. Insgesamt stehen meinem Ressort 42,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir haben die Talsohle größtenteils durchschritten und der fünfte Aufwuchs in Folge setzt die Trendwende Finanzen fort. Damit die Bundeswehr ihre Aufgaben erfüllen kann, ist der Anstieg in unserem eigenen Interesse. Wir wollen unseren Verpflichtungen auch in der europäischen Verteidigungsunion, in der NATO oder den Vereinten Nationen gerecht werden.

Die Planungen zeigen aber, dass wir noch einen langen und steilen Aufstieg vor uns haben. Der muss in den nächsten Jahren durch eine gute finanzielle Grundlage garantiert werden. In einem Fähigkeitsprofil haben wir die benötigten Investitionen zusammengestellt. Dieser große Modernisierungsplan zeigt den Bedarf der Truppe sehr detailliert und transparent. Es geht um die umfassende Modernisierung der persönlichen Ausrüstung, über das Auffüllen hohler Strukturen bis zur Entwicklung neuer Fähigkeiten für die Zukunft, insbesondere der Digitalisierung. Der Haushalt 2019 ist für dieses Ziel eine wichtige Etappe, aber kein Schlusspunkt.

Am vergangenen Wochenende fand der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen statt. Dr. Bernd Althusmann wurde als Landesvorsitzender und Kai Seefried als Generalsekretär wiedergewählt. Damit bleibt die CDU in Niedersachsen in hervorragenden Händen.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 10. bis 14. September 2018

Bundesministerium der Verteidigung

Der vorliegende Entwurf sieht für 2019 Ausgaben in Höhe von 42,9 Milliarden Euro vor. Das ist ein Plus von 4,38 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Die NATO-Quote beträgt im kommenden Jahr 1,31 %. Um die Bundeswehr zu modernisieren und NATO-Beschlüsse umzusetzen, müssen die Mittel auch in den nächsten Jahren deutlich ansteigen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Gegenüber 2018 gibt es einen Anstieg der Ausgaben um 4,1% auf 29 Milliarden Euro. Die Verkehrsinvestitionen steigen auch mittelfristig auf über 15 Milliarden Euro. Zur Stärkung des Schienengüterverkehrs werden Bahnunternehmen um 350 Millionen Euro pro Jahr entlastet.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Der Etat des Hauses beträgt 2,26 Milliarden Euro. Davon stehen 457 Millionen Euro für den Schwerpunkt der internationalen Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Damit werden Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern finanziert.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Das Budget des Ressorts beträgt 6,24 Milliarden Euro. Zur Unterstützung des Strukturwandels in der Landwirtschaft stehen 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Darin enthalten sind 178 Millionen Euro Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Damit werden landwirtschaftliche Betriebe spürbar entlastet.

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

3,09 Milliarden sind für diesen Einzelplan vorgesehen. Enthalten sind auch das Budget der Staatsministerin für Kultur und Medien sowie der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Auswärtiges Amt

Das Budget wächst um 122 Millionen Euro auf 5,57 Milliarden Euro. Der Aufwuchs geht auf Beiträge an die Vereinten Nationen zurück. Zudem steigen wegen der anhaltenden internationalen Krisen die humanitären Ausgaben weiter an.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Etat des BMZ wird 2019 auf 9,7 Milliarden Euro erhöht. Schwerpunkt des Ressorts ist die Fluchtursachenbekämpfung.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Insgesamt stehen dem BMI 15,06 Milliarden Euro zur Verfügung. Auf den Bereich Innere Sicherheit entfällt mit 5,4 Milliarden Euro mehr als ein Drittel. Enthalten sind Gelder für rund 2.000 Mitarbeiter, damit wir in dieser Legislaturperiode 7.500 zusätzlichen Stellen für Sicherheitsbehörden des Bundes schaffen. Für das Baukindergeld sind im kommenden Jahr 570 Millionen Euro eingeplant. Das Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ wird von 2019 bis 2022 jährlich mit 50 Millionen Euro zusätzlich unterstützt.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Die Ausgaben steigen 2019 um 85 Millionen Euro auf insgesamt 877 Millionen Euro.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Dem Wirtschaftsministerium stehen 8,05 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Finanzplanung bis 2022 sieht einen Aufwuchs von 700 Millionen Euro bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung vor. Für die Afrika-Initiative stehen zusätzliche Mittel von 30 Millionen Euro zur Verfügung. Mit weiteren 30 Millionen Euro und Verpflichtungen für die kommenden Jahre von 210 Millionen Euro werden 2019 die Ausgaben für die Digitalisierung im Mittelstand gestärkt.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2019 sind für dieses Ressort Ausgaben in Höhe von 10,3 Milliarden Euro geplant. Für familienpolitische Leistungen werden 800 Millionen Euro mehr als im bisherigen Plan vorgesehen, insbesondere für Elterngeld, Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag.

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Der Plan sieht für 2019 18,1 Milliarden Euro vor. In der mittelfristigen Finanzplanung sind 1,1 Milliarden Euro zusätzlich vorgesehen. Damit soll das Ziel erreicht werden, dass Staat und Wirtschaft bis zum Jahr 2025 zusammen 3,5 % des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Der größte Einzelplan umfasst 144,2 Milliarden Euro. Für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit werden im Haushaltsjahr 2019 zusätzlich 964 Millionen Euro veranschlagt.

Bundesministerium für Gesundheit

Als Ausgaben stehen im kommenden Jahr 15,27 Milliarden Euro bereit. Größter Posten ist der Zuschuss zur Entlastung der Kassen von versicherungsfremden Leistungen, der bei 14,5 Milliarden Euro im Jahr festgeschrieben ist.

Aus dem Wahlkreis



In Hannover wurde mir aus der Hand des Landesvorsitzenden, Dr. Sven Alexander van der Wardt, die Fördermitgliedschaft der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) in Niedersa-

chen verliehen. Das ist eine tolle Anerkennung. Vielfalt ist für mich eine große Bereicherung und Kraft für die Gesellschaft. Alle Menschen haben - unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Identität - die gleichen Rechte.

Meine Rede

Rede zum Verteidigungshaushalt 2019 (12.09.2018).

<http://kurzelinks.de/7lqh>

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin



In dieser Woche habe ich mich besonders über den Besuch von 50 Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis gefreut. Sie sind meiner Einladung gefolgt und haben den Bundestag, das Bundeskanzleramt und auch mein Ministerium besucht. Dort sind wir zu einem kurzen Gespräch und einem gemeinsamen Foto zusammengekommen. Dieser Austausch ist mir sehr wichtig.

Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; Bundeswehr: Thorsten Kraat; LSU: Tim Kleinwächter; BMVg: Uwe Grauwinkel

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de